

Antrag

der Abgeordneten Dr. Stephanie Rose, Cansu Özdemir, Dr. Carola Ensslen, Sabine Boeddinghaus, Deniz Celik, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch, Metin Kaya, David Stoop, Heike Sudmann, Insa Tietjen und Mehmet Yildiz (DIE LINKE)

Betr.: Genderwissenschaften runter vom Abstellgleis: Gender- und queerbezogene Aspekte (auch) in der Pandemie in den Blick nehmen!

Die aktuelle Krise rund um COVID-19 und die Debatte um systemrelevante Tätigkeiten zeigen, wie dringend es eine kritische Erforschung der Geschlechterverhältnisse, Rollenbilder und Ausbeutungsmechanismen braucht. Nicht alle Geschlechter und sexuellen Identitäten sind in gleicher Weise von den Maßnahmen und Auswirkungen der Pandemie betroffen. Gleichzeitig gibt es mittlerweile eine nicht nur gelebte, sondern auch staatlich anerkannte Diversität der Geschlechter und auch Lebensweisen, die zu einer Vielfalt unterschiedlicher Care-Praxen sowie Beziehungs- und Familienformen geführt hat, die auch in Zeiten von Covid-19 mit ihrer Solidarfunktion und in ihrer Vielfalt zu unterstützen und wertzuschätzen sind. Um angesichts der Krise differenzierte und nachhaltige (Gleichstellungs-)Politik betreiben zu können, braucht es in diesem Feld dringend tiefer gehende wissenschaftliche Erkenntnisse. Wissenschaft ist die Grundlage für die Überwindung der Ursachen von struktureller Diskriminierung. Es braucht eine wissenschaftliche Auseinandersetzung zu der konkreten Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern in Familien und in beruflichen Kontexten – also der Frage: who cares?

Deutlich sichtbar ist, dass aktuell besonders Frauen* im Zentrum der Krise stehen. Besonders da sie mehrheitlich die bezahlte und unbezahlte essenzielle Sorgearbeit leisten. Arbeit, die schlecht oder gar nicht bezahlt ist, bei oft wenig Anerkennung. Gerade in Gesundheits- und Pflegeberufen sowie im Lebensmitteleinzelhandel sind überdurchschnittlich viele Frauen* beschäftigt. Dabei sind sie einem hohen Ansteckungsrisiko ausgesetzt, da adäquate Schutzbekleidung oft nicht ausreichend vorhanden ist. Auch zu Hause stehen überwiegend Frauen* vor der Herausforderung, Berufstätigkeit, Kinderbetreuung, Homeschooling und Haushaltsführung unter erschwerten Bedingungen zu vereinbaren. Verschärfend kommt die Gefahr häuslicher Gewalt hinzu, die häufig geschlechtsspezifische Aspekte aufweist. Alleinerzieher/-innen sind hiervon besonders hart betroffen. Frauen* leisten zudem mehrheitlich die Pflege von Hilfsbedürftigen, wie zum Beispiel Menschen aus älteren Generationen, die aufgrund ihrer gesundheitlichen Vulnerabilität derzeit besondere Unterstützung brauchen. Die COVID-19-Krise zeigt jedoch auch, wie viele der Männer*, die sich im Homeoffice wiederfinden, sich in neuer und unerwarteter Weise in die Care- und Familienpraxen hineingezogen sehen und hineinziehen lassen.

Neben den Care-Praxen zeigen sich gender- und queerbezogene Ungleichheiten auch hinsichtlich der Betroffenheit angesichts der ökonomischen und sozialen Konsequenzen der Krise. Mit queer meinen wir Lesben, Schwule, Pan- und Bisexuelle, Transgender, intergeschlechtliche Menschen, und nonbinäre Menschen sowie alle, die sich nicht in der Zweigeschlechternorm verorten können oder wollen. Die Einschränkungen im Tourismus, in der Gastronomie, im Handel, in der Kinderbetreuung et cetera führen zu Kurzarbeit, unbezahltem Zwangsurlaub und Kündigung der vielen weiblichen* Arbeitskräfte in diesen Bereichen. Besonders dramatisch ist die Situation für

migrantische Frauen* mit und ohne Transhintergrund, die in illegalisierter Arbeit für Reinigungsdienste, in der Sexarbeit oder in der häuslichen Pflege tätig sind. Neben ihren Einkommen verlieren sie häufig ihre Krankenversicherung, Aufenthaltsgenehmigung oder/und Unterkunft. Viele queere Menschen trifft in der Krise auch besonders das Einbrechen der Infrastruktur. Oftmals haben queere Menschen in ihren Familien aufgrund der Diskriminierung queerer Menschen keine Anerkennung und keinen Rückhalt, sodass sie sich diesen bei Freunden/-innen, Partnern/-innen und in der queeren Community suchen. Die queeren Begegnungsorte der Community wie Kneipen, Vereine, Clubs sind alle wegen Corona geschlossen und der Begriff Kernfamilie impliziert nicht die Wahlverwandtschaften unabhängig von der Geburt, sodass queere Menschen ganz besonders vereinsamt in dieser Corona-Zeit leben müssen, was sich negativ auf die psychische Gesundheit auswirkt. Alles, was queere Community ausmacht, findet im Moment nicht mehr statt. In der Krise fehlt es somit an Schutzräumen und Treffpunkten und die Diskriminierung zeigt sich umso deutlicher. Aus Corona lernen muss deshalb heißen, die systematische Ungerechtigkeit zwischen den Geschlechtern – und zwar allen Geschlechtern – abzubauen und ihre Ursachen zu überwinden. Grundvoraussetzung dafür ist eine kritische wissenschaftliche Auseinandersetzung zu Gender und Queer an den Hamburger Hochschulen.

Zu Beginn der 2000er-Jahre galt Hamburg als eine Vorreiterin auf dem Gebiet der Genderstudies. Mit dem Masterstudiengang Gender und Arbeit an der ehemaligen Hochschule für Wirtschaft und Politik und dem Magister- und Diplom-Nebenfachstudium Gender und Queer Studies an der Universität Hamburg sowie diversen Professuren mit genderwissenschaftlicher Ausrichtung an der UHH, der TU Hamburg, der HAW, der HFBK und der HfMT waren die Bedingungen für eine kritische Analyse gesellschaftlicher Machtverhältnisse in Hamburg so gut wie kaum irgendwo in der Bundesrepublik. Trotz regen Interesses der Studierenden und Forschenden währte dieser Zustand kaum fünf Jahre. Nachdem der Nebenfachstudiengang „Gender und Queer Studies“ weggekürzt wurde, ermöglichte wenigstens noch der Zusammenschluss der Hamburger Hochschulen als eine Vorläuferin des heutigen Zentrums GenderWissen Studierenden hochschul- und fächerübergreifend zu den Schwerpunkten „Genderkompetenz“ und „Intersektionalität & Diversity“ zu studieren.

Aktuell ist auch diese Form des Studierens nicht mehr möglich. Erst nach über einem Jahr wird derzeit die Wiederbesetzung der Leitung des Zentrums GenderWissen – jetzt „Zentrum Gender & Diversity“ – betrieben, eine der wenigen Strukturen, die den Zugang zu queer-feministischer Wissenschaft hamburgweit ermöglicht. Durch die Verschleppung der Nachbesetzung der Leitungsstelle des Zentrums über mehr als ein Jahr, sind gegenwärtig wesentliche Tätigkeitsbereiche des Zentrums eingestellt worden: So gab es zum ersten Mal seit mindestens 30 Jahren kein hochschulübergreifendes Vorlesungsverzeichnis (Lehrtableaus), welches für gewöhnlich alle Lehrangebote der acht beteiligten Hochschulen zum Thema „Gender & Queer Studies“ und „Intersektionalität & Diversity“ zusammenführte und so für alle zugänglich machte.

Die Einschränkung dieser genderwissenschaftlichen Institution ist dabei nur das jüngste Glied in einer Kette der strukturellen Schwächung dieses Wissenschaftszweigs. Das zeigt sich daran, dass aus dem hochschulübergreifenden Vorlesungsverzeichnis innerhalb der letzten zehn Jahre 50 Prozent der Gender- und Queer-Veranstaltungen weggekürzt wurden. Gepaart mit der Tatsache, dass entsprechende Professuren nicht nachbesetzt, Studiengänge abgeschafft und die Finanzierung weiter entzogen wurden, führt dies alles dazu, dass die Gender- und Queer-Studies in Hamburg heute stark fragmentiert und geschwächt sind. Die Lehrveranstaltungen, die es jetzt noch gibt, werden zum Großteil unter prekären Bedingungen über Lehraufträge von den Hochschulen ausgelagert. Den Lehrenden kommen so weder eine sichere Anstellung noch Mittel zur Forschung oder Publikation noch eine annähernd akzeptable Bezahlung zu.

Die diversen fachlichen Schwerpunkte der Hamburger Hochschulen boten und bieten beste Voraussetzungen, um echte produktive Interdisziplinarität in Lehre und Forschung auf dem Gebiet der Genderwissenschaften zu realisieren. Um dieses Potenzial wieder neu zu verwirklichen und Hamburg zu einer Hochburg der kritischen Geschlechterforschung zu machen, braucht es ein Zusammenspiel aller beteiligten Akteure/-innen.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. eine Studie zu initiieren zu den gender- und queerbezogenen Aspekten der Pandemie zur Sicherstellung einer geschlechtergerechten Krisenpolitik in Hamburg,
2. sich gegenüber den Hochschulen für die (Wieder-)Einrichtung eines Nebenfach- oder Masterstudiengangs „Gender und Queer Studies“ einzusetzen,
3. gegenüber den Hochschulen darauf hinzuwirken, dass gender- und queerwissenschaftliche Perspektiven in jedem Studiengang explizit in Forschung und Lehre eingenommen werden,
4. die Einrichtung von Genderprofessuren und Queer-Studies-Professuren an den Hamburger Hochschulen mit zusätzlichen Fördermitteln zu ermöglichen, um Geschlechterfragen und -perspektiven in den verschiedenen Disziplinen zu verankern und die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses zu unterstützen,
5. darauf hinzuwirken, dass das Zentrum Gender & Diversity in seinem Wirken für interdisziplinäre hochschulübergreifende Lehre und Forschung Bestand hat und weiter ausgebaut wird,
6. die aufgeführten Maßnahmen unter 1. bis 5. in das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm (GPR) zu integrieren,
7. der Bürgerschaft bis zum 30.07.2020 über seine Bemühungen zu berichten und fortlaufend den einschlägigen Ausschüssen Bericht zu erstatten.